Pressemitteilung

24. Juni 2022

Energie für Kultur: Unterstützung von Kultureinrichtungen bei Energiekosten

Deutsche Kulturrat fordert Bund, Länder und Kommunen zur Unterstützung auf

Berlin, den 24.06.2022. Die steigenden Energiekosten belasten öffentliche und öffentlich-geförderte Kultureinrichtungen und -institutionen erheblich. Für das kommende Jahr sind beträchtliche Steigerungen an Kosten für Strom und Wärme zu erwarten, nicht zuletzt aufgrund der steigenden Energiekosten auf dem Weltmarkt.

Öffentliche und öffentlich-geförderte Kultureinrichtungen und -institutionen sowie Einrichtungen der kulturellen Bildung haben in der Regel relativ feste Sachkostenetats, die den in den letzten Jahren üblichen, relativ niedrigen Energiekosten entsprechen. Zusätzlich zu den steigenden Energiekosten können durch coronabedingt eingebaute Lüftungsanlagen, damit die Betriebe Besucher und Besucherinnen zulassen können, weitere Kosten entstehen. Der im öffentlichen Kulturbetrieb bestehende Investitionsstau trägt dazu bei, dass viele Häuser nicht energieeffizient arbeiten können, wodurch die Kosten steigen. Weiter ist der Denkmalschutz zu berücksichtigen, der in historischen Gebäuden, die unter einem besonderen Schutz stehen, Baumaßnahmen zur Energieeffizienz erschwert.

Der Deutsche Kulturrat fordert daher Bund, Länder und Kommunen auf:

- zusätzliche Mittel für Nebenkostennachzahlungen und -anpassungen von öffentlichen und öffentlich-geförderten Kultureinrichtungen und -institutionen bereits in diesem Jahr bereitzustellen,
- für die Jahre 2023 und folgende die Etats für Nebenkosten von öffentlichen und öffentlich-geförderten Kultureinrichtungen und -institutionen dem Bedarf entsprechend zu erhöhen,
- weitere Haushaltsmittel für Investitionen in die bauliche Substanz von Kultureinrichtungen kurzfristig bereitzustellen, damit die Gebäude energieeffizienter, ökologischer und vor allem nachhaltiger unterhalten werden können.

Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, **Olaf Zimmermann**, sagte: „Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, MdB hat gestern die Alarmstufe des Notfallplans Gas ausgerufen. Deutlich erhöhte Energiekosten sind in der Zukunft zu erwarten. Öffentliche und öffentlich-geförderte Kultureinrichtungen und -institutionen haben in der Regel einen gedeckelten Sachkostenetat und können diese steigenden Energiekosten nicht aus ihren Etats erwirtschaften. Der Deutsche Kulturrat fordert deshalb Bund, Länder und Kommunen auf, die zusätzlich benötigten Mittel für

Adresse:
https://www.kulturrat.de/presse/pressemitteilung/energie-fuer-kultur-unterstuetzung-von-kultureinrichtungen-bei-energiekosten/

Nebenkostenzahlungen den öffentlich-geförderte Kultureinrichtungen und -institutionen unbürokratisch zur Vefügung zu stellen.“

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat